



2003/35 Antifa

<https://jungle.world/artikel/2003/35/deutsches-haus>

Deutsches Haus

<none>

Unbekannte zündeten am 20. August das Auto einer alleinstehenden Rom in Gersdorf (Sachsen) an, berichtete die Sächsische Zeitung. Der Wagen brannte vollkommen aus. 50 Sinti und Roma aus Frankreich bewohnten den am Wald liegenden Festplatz des Ortes erst seit wenigen Tagen. Nach Angaben der lokalen Presse ist das Waldstück ein beliebter Treffpunkt für Rechtsextremisten. Ein Mann aus der Gruppe der Sinti und Roma erzählte, dass die Nachbarn aus den angrenzenden Gärten gedroht hätten, die Wohnwagen der Leute zu demolieren, wenn sie nicht wieder abrückten. Die Gruppe verließ Gersdorf sofort nach dem Anschlag. Der Kongolese Raphael Batoba aus Berlin konnte seine Abschiebung am 19. August zum dritten Mal verhindern. Schon im Juli dieses Jahres lehnten es verschiedene Fluggesellschaften ab, den Mann gegen seinen Willen in das Bürgerkriegsland zu fliegen (Jungle World, 34/03). Peter Fleischmann, der Sprecher des Berliner Innensenats, verteidigte die Ausweisung des 38jährigen und erklärte, dass Batoba jung und gesund und es ihm zuzumuten sei, sich im Kongo wieder zu integrieren. Am Tag vor der geplanten Ausweisung hatten ihn die Beamten bei einer Vorsprache in der Berliner Ausländerbehörde festgenommen. Zwischen dem 15. und dem 18. August beschädigten Unbekannte den jüdischen Friedhof in Kassel (Hessen). Sie stürzten 56 bis zu 900 Kilogramm schwere Grabsteine um oder zerstörten sie. Der Schaden liegt nach dem Polizeibericht bei 25 000 Euro. Der suizidgefährdete Kurde Sever Öztürk muss auch weiterhin in der Abschiebehaftanstalt Langenhagen (Niedersachsen) bleiben, berichtete der Niedersächsische Flüchtlingsrat am 15. August. Seit Anfang Juli ist Öztürk im Hungerstreik, weil ihm die Abschiebung in die Türkei droht. Obwohl der Amtsarzt der Haftanstalt bereits dreimal versicherte, dass eine Ausweisung den Kurden in Lebensgefahr bringe, hält das Innenministerium Niedersachsen an der Entscheidung fest. Der Mann wurde schon einmal im November 1997 in die Türkei abgeschoben. Er gab an, dort gefoltert worden zu sein. Als er wieder nach Deutschland flüchtete, wiesen ihn die Behörden in die Haftanstalt ein. Die Staatsanwaltschaft Trier (Rheinland-Pfalz) stellte am 6. August ein Strafverfahren gegen die dortige Ausländerbehörde ein. Im Juli hatten vier Chinesen die Verantwortlichen der Behörde angezeigt, weil sie bei einer Zwangsvorführung im Amt von chinesischen Polizisten bedroht und verletzt worden seien, meldete Pro Asyl. Bei Verhören von abgelehnten Asylbewerbern werden oftmals so genannte Experten aus dem jeweiligen Herkunftsland der Betroffenen herangezogen. Deutsche Beamte sind bei diesen Befragungen nicht dabei. In dem Abkommen des Bundesinnenministeriums mit den Landesregierungen wurde bisher nicht festgelegt, welche Qualifikationen ein solcher »Experte« haben muss. cs